

„Ich sage: Die Koalition ist nicht gefährdet“

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr über den Zustand seiner Partei und der Koalition

SPIEGEL: Herr Bahr, Abweichler haben mehrfach die Regierungsfähigkeit der SPD in Frage gestellt, zuletzt bei der Abstimmung über das Antiterror-Gesetz. Kann die Partei einen solchen Zustand auf Dauer tolerieren?

BAHR: Die vier Abgeordneten, die gesagt haben, sie müßten ihrem Gewissen folgen, haben in keinem einzigen Punkt geglaubt, die Koalition zu gefährden. Wenn es deutlich würde, daß die Koalition in einer Abstimmung zur Entscheidung steht, dann habe ich keinen Zweifel, daß auch die vier, die gegen das Antiterror-Gesetz gestimmt haben, klarmachen würden, daß sie für die Fortsetzung der Koalition sind.

SPIEGEL: Das heißt, Sie können mit Abweichlern leben, solange noch eine Mehrheit im Bundestag bleibt.

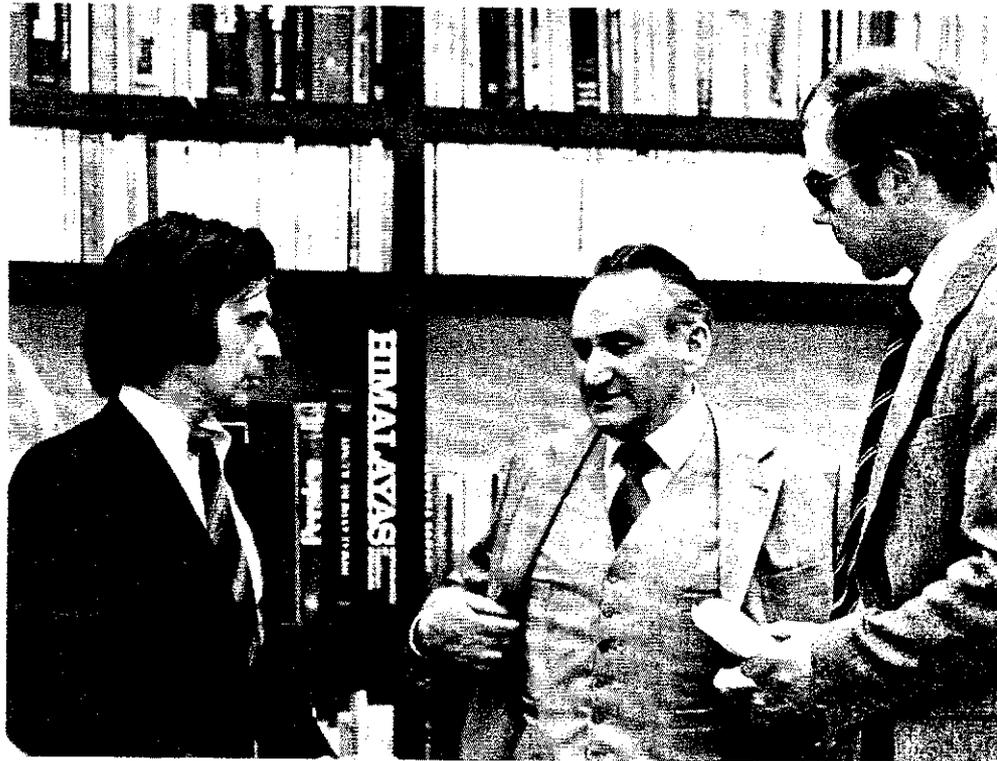
BAHR: Nein, das glaube ich nicht. Eine Koalition, die fortgesetzt mit Bangen über Hürden muß, wird zu sehr von dieser begrenzten Konfliktstrategie beschäftigt, als daß sie noch Zeit und Luft und Kraft hat, sich auf die wesentlichen politischen Fragen zu konzentrieren. Wenn das fortgesetzt würde, wäre ich bereit, von einem Abbröckelungsprozeß der Koalition zu sprechen.

SPIEGEL: Einige Abgeordnete haben schon zum dritten Mal abweichend votiert. Jedesmal wurde ihnen gesagt, sie entschieden nicht nur gegen ein Gesetz, sondern auch gegen die Koalition. Nun erwecken Sie den Eindruck, als hätten die Abweichler nicht gewußt, was sie taten.

BAHR: Ich kann nur davon ausgehen, was die vier zu ihrem Abstimmungsverhalten gesagt haben. Und da müssen wir dann ein bißchen tiefer gehen. Der Abgeordnete hat laut Verfassung nach seinem Gewissen zu entscheiden. Nach meiner Erfahrung gibt es sehr wenig Gewissensfragen im Parlament abzustimmen; etwa Paragraph 218, Todesstrafe oder auch Sicherungsverwahrung wären für mich Gewissensfragen. Beim ganz überwiegenden Teil der Abstimmungsentscheidungen geht es um Sachfragen, das heißt um politische Überzeugung.

SPIEGEL: Bestimmt die Partei, was eine Gewissensfrage ist? Und war etwa die Abstimmung über das Antiterror-Gesetz keine?

BAHR: Bei allen Formulierungen zum Antiterror-Gesetz ging es nicht um eine Gewissens-, sondern nur um eine



Bahr (M.) beim SPIEGEL-Gespräch in der Bonner SPD-Zentrale*

Überzeugungsfrage. Deshalb war ich auch, trotz mancher Bedenken, überzeugt, dafür stimmen zu sollen und zu können. Aber: Jeder einzelne entscheidet selbst, wann für ihn das Gewissen angesprochen ist. Und hier sind zwei Gewissensentscheidungen möglich.

SPIEGEL: Nämlich?

BAHR: Erstens: Es gibt die eine Gewissensentscheidung in einer Sachfrage. Zweitens: Ich meine, kein Abgeordneter darf so überheblich sein zu glauben, daß er allein, ohne von seiner Partei aufgestellt worden zu sein, gewählt wurde. Und meine Partei hat eine klare Aussage getroffen, daß sie nach dem Auftrag der Wähler eine Koalition mit der FDP macht. Der Abgeordnete muß in einem gegebenen Fall entscheiden, ob er diesem Auftrag auch folgt.

Das heißt: Möglicherweise hat die Gewissensentscheidung in einer Sachfrage zur Folge, daß der vom Wähler gegebene Auftrag gebrochen wird. Der Abgeordnete muß also auch abwägen, ob er durch seine Entscheidung zum Sturz der Regierung beiträgt.

SPIEGEL: Es gibt also Gewissensfragen verschiedener Qualität?

BAHR: Ja. Und ich sage offen, an diesem Punkt gibt es für mich zwei Möglichkeiten: Wenn ich der Überzeugung bin, ich muß meinem Gewissen folgen und ablehnen, will und darf aber nicht die Regierung stürzen, dann muß ich mein Mandat zurückgeben. Wenn ich aber der Überzeugung bin, ich müsse unbedingt meinem Gewissen folgen, muß ich bereit sein, die Regierung zu stürzen und muß mit Nein stimmen.

SPIEGEL: Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat laut darüber nachgedacht, ob bei den vier Abgeordneten neben dem Gewissen noch andere Motive eine Rolle gespielt haben könnten. Befürchten Sie eine Fernlenkung bei bestimmten Abgeordneten?

BAHR: Nein. Ich glaube nicht, daß man die Äußerung von Willy Brandt so interpretieren kann. Ich kann mir nur vorstellen, daß er damit gemeint hat, es gebe innerhalb und außerhalb der Partei eine ganz erkleckliche Summe von Unbehagen darüber, daß dieser Staat insgesamt in der Gefahr ist, zu weit

* Mit SPIEGEL-Redakteuren Paul Lersch und Klaus Wirtgen.



Parteiführer Brandt, Koschnick: „Die SPD ist in Gefahr, sich zu verschleißen“

nach rechts abzudriften. Und davon spiegelt sich in dem Verhalten der Abgeordneten etwas wider.

SPIEGEL: Die haben also artikuliert, was andere draußen denken?

BAHR: Was eine Reihe von Leuten in der Partei und außerhalb der Partei fürchtet.

SPIEGEL: Und diese Leute außerhalb der Partei sind nicht ganz unwichtig für die SPD?

BAHR: Um Gottes willen, wir wollen ja nicht von unseren Parteimitgliedern allein gewählt werden, sonst würden wir ja unter die Fünf-Prozent-Grenze rutschen.

SPIEGEL: Halten Sie die Bedenken für gerechtfertigt, daß die Partei zu stark nach rechts tendiert?

BAHR: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich verstehe, daß es Sorgen gibt bei einer ganzen Reihe von Menschen in unserem Land, daß dieser Staat zu weit nach rechts abschwimmt.

SPIEGEL: An diesem Staat wirkt die SPD in führender Position mit.

BAHR: Eben. Diese Partei ist entscheidend mitverantwortlich für diesen Staat. Und man kann sich nicht wundern, daß, wenn es Terroristen gibt, der Staat darauf reagieren muß. Und es ist auch kein Wunder, sondern nur erklärlich, wenn die sozialliberale Regierung Krisen durchstehen muß, die ihr zum großen Teil von außen aufgezungen werden, und sie dabei mehr

Kraft verbraucht, als sie wünschte, aufwenden zu müssen.

SPIEGEL: Viele erwarten doch gerade von den Sozialdemokraten, daß sie diesem Trend des Staates nach rechts entgegenwirken. Deshalb können sich doch viele ihrer Wähler mit den Abwechslern identifizieren.

BAHR: Ich habe in vielen Versammlungen festgestellt, daß es Verständnis gibt für die eigenständige Haltung der vier Abgeordneten, die zu ihrer Überzeugung stehen, allerdings unter der Voraussetzung, es handle sich allein um die Abstimmung zu einer Sachfrage. Ich habe völliges Unverständnis für die vier Abgeordneten festgestellt, als den Versammelten klar wurde, daß es hier um den Bestand der Koalition hätte gehen können.

SPIEGEL: Diese Koalition braucht aber die Stimmen der Leute, die mit den vier Abwechslern sympathisieren.

BAHR: Wir haben bei den Wahlen 1976 auch von Leuten Stimmen bekommen, für die diese Koalition das kleinere Übel war. Ich glaube nicht, daß alle, die uns damals gewählt haben, das nur getan haben, weil sie uns aus vollem Herzen für die einzig mögliche und richtige Regierung gehalten haben.

SPIEGEL: Hat nicht ein großer Teil Ihrer Partei zu Recht die Furcht, daß die SPD zuviel Substanz aufgibt, mal in Fragen der Steuergerechtigkeit, mal in Sachen Liberalität?

BAHR: Ich halte die Furcht für unberechtigt.

SPIEGEL: In der sozialliberalen Koalition ist doch unbestreitbar dem Erfordernis der Sicherheit mehr Gewicht beigemessen worden als dem Grundsatz, an Freiheitsrechten nichts zu kappen. Vor zwei oder drei Jahren hätten Sie vielleicht ähnliche Positionen vertreten wie die vier Abwechslern.

BAHR: Das bin ich bereit zuzugeben. Es wäre allerdings töricht, wenn sich Kriminalität und Terror modernisieren, ihre Bekämpfer es aber ablehnen, sich zu modernisieren. Die Terroristen versuchen, den Rechtsstaat von sich selbst wegzubringen, ihn zur Aufgabe seiner Prinzipien zu verleiten. Aber wir müssen in der Tat höllisch aufpassen, daß wir den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben.

SPIEGEL: Wird die Substanz des Rechtsstaates je nach den Zeitläuften anders zu formulieren sein?

BAHR: Die Substanz des Rechtsstaates wird je nach den Zeitläuften anders zu schützen sein. Der wichtigste Punkt ist, daß die Substanz des Rechtsstaates erhalten bleibt. Es ist unbestreitbar, daß die sozialliberale Koalition den Rechtsstaat besser garantiert als jede andere denkbare Kombination.

SPIEGEL: Wir möchten das Problem verallgemeinern, Herr Bahr. Ist für Sie koalitionschädigendes Verhalten automatisch auch parteischädigendes Verhalten?

BAHR: Das ist 'ne schicke Frage. — Es muß in der SPD möglich sein, auch für eine andere Koalition einzutreten. Es muß in der SPD auch möglich sein, die Auffassung zu verkünden, daß es für die Partei besser wäre, in die Opposition zu gehen. Aber ich bin fest davon überzeugt, und das entspricht auch dem Willen der Partei und ihrer Beschlüsse auf Parteitag, Regierungsverantwortung nach einem klaren und bestätigten Programm zu übernehmen.

SPIEGEL: Sie haben zu Beginn Ihrer Arbeit als Bundesgeschäftsführer mal zu uns gesagt, „die SPD lebt länger als die Regierung...“

BAHR: ... so ist es ...

SPIEGEL: ... aber wir haben den Eindruck, daß Sie inzwischen diesen Lehrsatz umkehren: Die Regierung lebt womöglich länger als die Partei.

BAHR: Nein. Ich habe mir die Antwort auf Ihre Frage nicht leichtgemacht. Denn der Ausdruck parteischädigendes Verhalten ist für den Bundesgeschäftsführer identisch mit der Frage nach Maßnahmen. Und lange bevor wir zu Maßnahmen kommen, muß es möglich sein, politische Auffassungen zu vertreten. Umgekehrt habe auch ich das Recht, mich politisch gegen jeden zu wenden, der etwa meint, es wäre besser für die Partei, in die Opposition zu gehen. Das heißt, lange bevor Ihre Frage nach parteischädigendem Verhalten greift, wäre eine politische Auseinandersetzung erforderlich.

SPIEGEL: Wenn die Partei unterscheidet, was Überzeugung und was Gewissen ist, dann normiert sie doch Auffassungen?

BAHR: Der SPD kann man das wirklich nicht vorwerfen. Eher das Gegenteil, sie sei vielleicht zu liberal. Bloß, da gibt's noch was. Wir sind eine demokratische Partei, und das heißt, wenn ein Meinungsstreit entschieden ist, dann hat eine Minderheit den Beschluß der Mehrheit zu akzeptieren. Wer Mehrheitsentscheidungen nicht anerkennt, der gehört dann nicht in eine demokratische Partei.

Wenn bei einer Entscheidung eine Mehrheit nicht mehr zustande kommt, weil Leute die Partei in die Opposition schicken wollen, dann ist geschichtlich der Augenblick erreicht, in dem die Partei nicht mehr regierungsfähig wäre.

SPIEGEL: Das ist dann parteischädigend.

BAHR: Davon bin ich allerdings sehr überzeugt.

SPIEGEL: Ist unser Eindruck richtig, daß Sie die Frage, ob koalitionschädigendes Verhalten zugleich auch parteischädigend ist, beantworten: Ja, kann sein?

BAHR: Kann sein.

SPIEGEL: Muß aber nicht sein?

BAHR: So ist es.

SPIEGEL: Koalitionsgefährdend ist, wenn eine Abstimmung dazu führt, daß

die Mehrheit der Regierung auf dem Spiel steht?

BAHR: Ohne jeden Zweifel. Im übrigen reden wir jetzt nicht von der Situation der vorletzten Woche. Denn bei keinem der vier Abgeordneten stellte sich diese Frage. Ich sage Ihnen im vollen Bewußtsein dessen, was ich sage: Die Koalition ist nicht gefährdet.

SPIEGEL: Der Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff hat vor der Antiterror-Abstimmung erklärt, die Koalition sei kaputt, wenn die Mehrheit verfehlt werde. Sie war also doch gefährdet?

BAHR: Ich kann auch viel formulieren, was wäre wenn. Meine Aussage gilt für den derzeitigen Zustand der Koalition: Sie wird bleiben.



Sektenplage

tz. München

SPIEGEL: Führende FDP-Politiker sind in den letzten Tagen deutlich auf Distanz zur SPD gegangen.

BAHR: Ich habe nicht den geringsten Zweifel an der Zuverlässigkeit und an dem Willen der Vorsitzenden der FDP und ihrer Fraktion, eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen.

SPIEGEL: Wenn's so wäre, dürften Sie auch keine Zweifel äußern.

BAHR: Habe ich auch nicht. Und wenn Sie mich hinter der dritten Tür fragen würden, ganz privat, würde ich Ihnen exakt dasselbe sagen.

SPIEGEL: Sie sehen bei der FDP also keine Absetzbewegung?

BAHR: Wieso eigentlich: Herr Genscher und andere haben gesagt, es sei Sache der SPD, mit den vier Abgeordneten fertig zu werden. Hat er recht. Ist meine Auffassung auch. Können wir doch nicht der FDP aufbürden.

SPIEGEL: Ihr stellvertretender Parteivorsitzender Hans Koschnick sieht

das anders. Er hat bereits davor gewarnt, daß die FDP „nicht mehr ganz so fest am Bündnis“ hängt wie die Sozialdemokraten.

BAHR: Ich bestreite doch gar nicht, daß es für den einen oder anderen in der FDP eine Überlegung oder 'ne Versuchung geben kann, zu überlegen, ob eine Koalition mit der CDU, wie sie in Niedersachsen oder im Saarland abgeschlossen wurde, nicht wiederholbar sei. Es wäre einfach nicht realistisch, das zu bestreiten. Bloß, mich interessiert der Standpunkt der FDP-Spitze zur Situation der Koalition im Bund. Und da sage ich Ihnen, der ist in Ordnung. Und jeder, der hofft, sich freut oder fürchtet, es würde anders, der wird sich irren.

SPIEGEL: Viele Ihrer Parteifreunde haben den Eindruck, die SPD kusche zu häufig vor der FDP.

BAHR: Für die SPD gilt, daß sie die Mehrheit allein nicht hat, und so, wie das aussieht, wird sie auch 1980 auf einen Partner angewiesen sein. Zudem hat Helmut Schmidt fortgesetzt, was Willy Brandt begonnen hat: nicht auf den zahlenmäßigen prozentualen Anteil des kleineren Partners zu sehen.

SPIEGEL: Gerade darüber sind viele in Ihrer Partei verärgert.

BAHR: Ich verstehe, daß eine ganze Reihe meiner Parteifreunde sagt, um alles in der Welt, ihr müßt ab und zu doch mal mit der Faust auf den Tisch schlagen und sagen, wir sind mehr, ihr dürft euch nicht zu sehr pressen lassen. Ich sage: Sind wir auch, tun wir auch nicht.

SPIEGEL: Sie lassen sich nicht pressen, Sie geben einfach nach.

BAHR: Ich könnte Ihnen aus der Hand eine Reihe von Beispielen auf-

zählen, in denen die FDP nachgegeben hat in Punkten, in denen es ihr sehr schwerfiel. Sie hat dies schnell und leicht gemacht und redet nicht darüber. Wir haben in einer Reihe von Punkten nachgegeben, in denen es uns sehr schwerfiel. Wir reden sehr lange darüber, und es tut uns sehr weh. Das ist auch 'ne Frage der Geschicklichkeit.



FDP-Chef Genscher
„Der Standpunkt ist in Ordnung“

SPIEGEL: Am Beispiel der Diskussion um die Neutronenbombe zeigt sich, wie Sie selber allmählich von früheren Ansichten abrücken.

BAHR: Ich vertrete nach wie vor die Auffassung, die in den Beschluß des Parteitagés in Hamburg eingegangen ist. Ich bin überzeugt davon und vertrete diesen Beschluß, daß wir alles tun müssen, um die Einführung dieser Bombe zu verhindern. Und dies ist für mich eine Gewissensfrage.

SPIEGEL: Sie haben früher sehr eindeutig die Entwicklung der Neutronenbombe als „Perversion des Denkens“ bezeichnet.

BAHR: Die ethische Beurteilung bleibt für mich unverändert. Ich halte es nach wie vor für eine Perversion des Denkens, so zu tun, als sei es ein Fortschritt, wenn man mehr Menschen tötet, aber mehr Material erhält. Das ist irre. Und wenn ich diesen Standpunkt habe, muß ich versuchen, zu verhindern, daß diese Waffe eingeführt wird, und zwar mit aller Kraft.

SPIEGEL: Die FDP hat weniger Skrupel.

BAHR: Beide Parteien lehnen den Standpunkt der CDU ab, die ungefragt nach einer deutschen Mitverantwortung für die Produktion einer Atomwaffe drängt. Wir sind mit der FDP einig, daß wir dieses Ding, Neutronenwaffe geheißén, in die Abrüstungsver-

handlungen mit dem Osten einführen müssen, falls sich US-Präsident Carter für die Produktion entscheidet. In zwei Jahren könnte sich dann eine Situation ergeben, in der beide Parteien vor einer Entscheidung stehen.

SPIEGEL: Und keine von den beiden wird nein sagen.

BAHR: Das hängt vom Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen ab. Es hängt auch davon ab, was die Sowjet-Union tut. Wenn sie sich für eine Neutronenwaffe entscheidet, darf der Westen darauf nicht einseitig verzichten. Da hilft alles nichts.

SPIEGEL: Auch wenn's pervers ist?
BAHR: Ja. Die Perversität ist nicht auf den Westen beschränkt.

SPIEGEL: Herr Bahr, viele Kompromisse in der neunjährigen Regierungszeit mit der FDP sind nicht ohne Folgen für Ihre Partei geblieben. Das Profil hat gelitten, das Führungspersonal hat sich verbraucht, und personelle Reserven sind geschrumpft.

BAHR: Zunächst zum zweiten Punkt: Die Regierungsumbildung hat gezeigt, daß wir über Personalreserven verfügen. Wir haben eine Reihe von in der breiten Öffentlichkeit unbekanntem Talenten ministrabel gemacht.

SPIEGEL: Ob das Talente sind, muß sich noch erweisen.

BAHR: Ich gebe auch keine Vorschußlorbeeren. Ich sage, die haben gute Voraussetzungen, aber schwimmen müssen sie nun selbst.

SPIEGEL: Und wie steht es mit dem programmatischen Profil?

BAHR: Da gebe ich Ihnen Recht. Die SPD ist in die Regierung gekommen, weil die CDU sich verbraucht hatte und wir Anfang der 60er Konzep-

te für die 70er Jahre entwickelt hatten. Die SPD ist heute zweifellos in der Gefahr, sich ebenfalls in der Regierungsverantwortung zu verschleißen, wenn sie nicht die Kraft aufbringt, Konzepte für die 80er und vielleicht 90er Jahre zu entwickeln. Da erkenne ich im Augenblick einen Mangel.

SPIEGEL: Ist es nicht eine Illusion, zu glauben, daß in der Zeit einer weltweiten Wirtschaftskrise, die überall im Westen mit konservativen Instrumenten bekämpft wird, bei uns sozialistische Lösungsformeln gefragt sind?

BAHR: Zukunftsfragen sind noch nie konservativ beantwortet worden. Die sozialliberale Regierung hat durch erfolgreiches Krisenmanagement gezeigt, wie gut diese Bundesrepublik, im Vergleich zu jedem anderen Industriestaat, mit den Problemen fertig geworden ist. Das sind aber viele Fragen: Und was nun und was dann — das ist ja verständlich. Nur, die Partei muß darauf früher Auskunft geben als die Regierung, die auf ihr Programm bis 1980 festgelegt ist.

SPIEGEL: Davon ist aber nichts zu sehen. Ist das ein unverbindliches Versprechen für eine ferne Zukunft?

BAHR: Die SPD muß schon in den nächsten ein bis zwei Jahren beweisen, daß sie auch in der Regierung die Kraft findet zu einer sinnvollen Konzeption für die 80er und 90er Jahre. Wenn sie das nicht schafft, ist sie nach meiner Auffassung historisch reif zur Ablösung, selbst wenn wir darauf verweisen können, daß auch andere Parteien nicht mehr zu bieten haben.

SPIEGEL: Herr Bahr, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Aus dem STERN

„Hier geht es nicht darum, ob Ihnen der Sauerbraten schmeckt oder nicht, werter Herr — hier geht es um die Fraktionsdisziplin!“